

33. Jahrgang 19

Omaha, Neb., Mittwoch, 19. April 1916.

- 8 Seiten - No. 32

Wilson fordert im Kongress Ultimatum an Deutschland

Erschien heute Mittag in gemeinsamer Sitzung des Kongresses und legte Beschwerden gegen deutschen U-Bootkrieg vor!

Gibt Deutschland den U-Bootkrieg nicht auf, folgt Bruch der diplomatischen Beziehungen und Krieg!

Keine Frist festgesetzt, innerhalb welcher Deutschland auf die Forderungen eingehen muß!

Vorschafter Bernstorff glaubt noch immer an eine friedliche Lösung des Konfliktes und hat in letzter Stunde eine wichtige Unterredung mit Staatssekretär Lansing...

Washington, 19. April. — Präsident Wilson hat heute um 1 Uhr nachmittags den Mitgliedern beider Häuser des Kongresses die Mitteilung gemacht, daß er Deutschland eine unabweisliche Note zukommen ließ, daß die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland abbrechen werden, falls der ungesetzliche U-Bootkrieg fortgesetzt werde...

Der Präsident forderte nicht, daß der Kongress irgendwelche Schritte ergreifen sollte. Er informierte ihn einfach von der Aufhängung der Tatsachen, die beweisen, daß Deutschlands Verletzungen den Ver. Staaten gegenüber verheerend sind, daß die U-Bootkampagne trotz aller erdichter Proteste im Gange ist...

Die Note des Präsidenten und seine Vorlesung an den Kongress sind endgültig. Sie bezeichnen das Ende des diplomatischen Schriftwechsels. Eine Fortsetzung der lange bestehenden freundschaftlichen Beziehungen, erklärte der Präsident, beruht allein auf Deutschlands Haltung.

Die Regierung der Ver. Staaten war sehr geduldig. Bei jedem Stadium der betrübenden Erfahrungen der Frage, bei welcher unsere eigenen Bürger berührt waren, hat sie versucht, sich von zureichenden Schritten zurückhalten. Sie war willens, zu warten, bis die Bedeutung der Tatsachen absolut kein Mißverständnis mehr sondern nur noch eine Denkung zuließ. Dieser Zeitpunkt ist nun unglücklicherweise eingetroffen. Die Tatsachen lassen nur eine Denkung zu.

Der Präsident schloß seine Rede mit den Worten: „Ich habe es da-

her für meine Pflicht gehalten, der kaiserlich deutschen Regierung zu sagen, daß, wenn sie ferner ihre rücksichtslose und verbrecherische Kriegsführung aufhält, die Regierung der Ver. Staaten zu dem einen Schluß gezwungen ist, daß nur ein Kurs verfolgt werden kann, und daß, falls die kaiserlich deutsche Regierung nicht sofort ein Aufgeben ihrer jetzigen Methoden, erklärt und ihre jetzige Kriegsführung gegen Fracht- und Passagier-Dampfer aufgibt, die Bundesregierung keine andere Wahl hat, als die diplomatischen Beziehungen gänzlich abzubrechen.

Washington, 19. April. — In der Note, in welcher der Präsident die U-Bootkriegsführung Deutschlands gegen Handelschiffe scharf tadelte, setzte er die Welt in Kenntnis, daß falls jene Regierung nicht einen anderen Wandel in dieser Art Kriegsführung schaffe, ihm keine andere Wahl übrig bleibe, als die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland aufzugeben. Niemand bezweifelt, daß es dem Präsidenten mit seinen Worten ernst ist. Die Stimme des Präsidenten klang etwas heiser, drang aber in jeder Note des großen Saales. Der Ton der Note ist ein derartiger, daß der Verfasser derselben das Schlimmste befürchtet. Dieses Gefühl teilte sich auch den Zuhörern mit. Die Note ist in jeder Hinsicht ein Ultimatum, außer die Welt enthält nicht Zeit und Stunde, wenn die Antwort verlangt wird.

In diesen Worten wird in derselben angegeben, daß der U-Bootkrieg der Deutschen in ein Stadium getreten ist, das dieser Regierung verbietet, demselben ruhig zuzusehen. Deutschland muß entscheiden, ob es die freundschaftlichen Beziehungen zu den Ver. Staaten aufrecht erhalten oder es zum Bruch der diplomatischen Beziehungen kommen lassen will, der einen Krieg im Gefolge haben muß.

Jeder Sitz auf der Galerie war besetzt.

Washington, 19. April. — Es verlautet, daß innerhalb 24 Stunden nach Abschluß der diplomatischen Beziehungen alle hier im Lande wohnenden Reichsdeutschen, die an „Verständigungen“ gegen die Ver. Staaten beteiligt gewesen sind, verhaftet werden sollen. Dierunter sollen sich mehrere deutsche Konsularagenten befinden.

Washington, 19. April. — Die U-Boot-Kontroverse hat sich immer mehr zugespitzt, und die Gemüter waren gestern hier auf den Siebelpunkt angelangt, als bekannt wurde, daß Präsident Wilson die beiden Häuser des Kongresses zu einer gemeinschaftlichen Sitzung einberufen hat, in welcher er dem Kongress über die U-Boot-Krise und über die von ihm beabsichtigten Schritte Mitteilung machen wird.

Auf 10 Uhr heute vormittag sind die Vorsteher des Senats- und des Hauses - Komitees für auswärtige Angelegenheiten, Senator Stone und Republikant Flood in das Weiße Haus gebeten worden, um die Ansichten des Präsidenten zu vernehmen, ehe derselbe seine Vorlesung vor dem Kongress verlesen wird. Auch Senator Lodge und Kapitän-

Das Wahlergebnis

Bundes Senator Hitchcock wieder nominiert; Keith Neville schlägt Gegenkandidaten Bryan.

Chas. E. Hughes erhält wahrscheinlich die republikanische Präsidentschaftsnomination.

Sutton im Vorteil gegen Miles.

Wenn auch vielleicht noch eine ganze Woche vergehen muß, bevor die vollständigen Wahlergebnisse vorliegen, so läßt sich doch bereits erkennen, daß die Wahl einen in mancher Beziehung recht glücklichen Verlauf genommen hat. Die Nominierung der Demokraten Hitchcock für Bundes Senator und Keith Neville für Gouverneur ist über allen Zweifel sicher. Bryan's Bruder Charles wurde als Gouverneur - Kandidat schwer geschlagen; ebenso Hitchcock's Gegner, J. S. Dunn. William Jennings Bryan scheint aber als Delegat at large für die demokratische National - Konvention erwählt worden zu sein, was voraus zu setzen war.

Auf der republikanischen Seite läßt sich zu dieser Stunde das Resultat zwischen den Gouverneurskandidaten noch nicht voraussagen. Nichter Sutton, der ausgesprochene Prohibitionist, scheint dem Liberalen Clarence J. Miles die Nominierung freitrag zu machen. Doch mögen spätere Berichte das Resultat noch günstiger beeinflussen. Wenn man nun bedenkt, daß außer Sutton noch zwei andere republikanische Kandidaten für Gouverneur aufrücken (Mekely und Madgett), dann kann man ersehen, in welchem bedauerlichen Maße die republikanische Partei von Nebraska von Prohibitionisten befreit wird. Hoffentlich lauten spätere Berichte günstiger.

John P. Kennedy hat als republikanischer Kandidat für Bundes Senator gegen Gouverneur Aldrich geschlagen.

Eine ganz geteilte Stimmzahl und auch die Nominierung hat der republikanische Präsidentschaftskandidat Henry Ford erhalten, trotzdem seine Menschenliebe für ihn im Staate tätig war. Als ein Beweis, daß das Volk für den Frieden eintritt, wenn es den Friedensapostel so ehrt.

Geräth schlecht abgehandelt hat der demokratische Gouverneurskandidat Charles Bryan; die Zahl der Stimmen, die Herrn Neville in Lancaster County und Lincoln, dem Wohnort Bryans, zuzielen, ist erstaunlich groß.

Sowohl in der demokratischen als auch in der republikanischen Partei ist die Abstimmung über die sich gegenüberstehenden Kandidaten für National - Komiteemann noch in Zweifel. Soweit die Berichte vorliegen, ist der Unterschied der für Wallen und Tahlman abgegebenen Stimmen sehr gering; daselbst gilt von den beiden republikanischen Gegenkandidaten C. J. McGraw und R. B. Howell.

Die Wahlen im County.

Douglas County hat sich zwei gegen eine Stimme für die Wieder-nominierung des Bundes-Senators Hitchcock ausgesprochen; C. H. Aldrich ist von seinem Gegenkandidaten John L. Kennedy schwer geschlagen worden. Keith Neville, demokratischer Kandidat für Gouverneur, ist seinem Gegenkandidaten Chas. Bryan weit voraus. Dieser hat seine Niederlage nicht nur in Douglas County, sondern auch im ganzen Staate zugegeben. Der republikanische Gouverneurs - Kandidat Miles siegte allem Anschein nach über Sutton; die Anti-Bryan-Fraktion für Delegates-at-large ist in Douglas County erfolgreich gewesen.

Aus den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen über die Wahl der Kandidaten für Countykomitee geht hervor, daß die Herren Kober und Baker sich als Kongresskandidaten in der Herbstwahl gegenüberstellen werden.

Von den Republikanern ist Henry C. Murphy für das Amt des Countykomitees nominiert worden, Michael Clark für Sheriff, Alan De-wey für County - Clerk, J. J. McShane hat offenbar die Nominierung für das Sheriffamt auf dem demokratischen Ticket erhalten.

mit dem Vorkämpfer in einigen Tagen hierüber sprechen würde.

Bürger, appelliert an Euren Kongress - Delegation!

Telegraphiert Euren Vertretern, daß die Vereinigten Staaten wegen der U-Boot-Frage nicht in den Krieg verwickelt werden wollen!

Bürger, die Krisis zwischen den Ver. Staaten und Deutschland ist jetzt eingetreten. Präsident Wilson, der darauf besteht, daß Amerikaner auf armeren Handels- und Munitionsschiffen der Alliierten unbehelligt reisen können, also als Schutzwache für die Schiffe mit Todesopfer dienen dürfen, legt heute die ganze Streitfrage dem Kongress vor, um, wenn nicht alle Anzeichen trügen, den Kongress zu zwingen, seine Zustimmung zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland zu geben. Von dahin bis zum Krieg ist nur ein Schritt und der wird dann auch nicht ausbleiben.

Nur der Kongress kann dieses Unglück noch in der letzten Stunde von diesem Lande ablenken. Die Stimmung im Kongress war bis jetzt eine friedliche und viele hervorragende Führer haben in den letzten Wochen die Erklärung abgegeben, daß der Kongress wegen der U-Boot-Frage zu einer Kriegserklärung gegen Deutschland nicht zu haben sein würde. Ob dies jetzt noch der Fall ist, nachdem der Präsident die Lage anscheinend zu forcieren sucht, ist fraglich.

Deshalb wird es Pflicht jedes friedliebenden Bürgers, jetzt die Bundes-Senatoren und Kongressleute seines Staates telegraphisch zu ermahnen, ihren ganzen Einfluß anzubringen, den Frieden zu erhalten. Der Kongress ist unsere einzige Hoffnung. Wäge sie nicht aufzugeben werden. Alle Vereine des Staatsverbandes, überhaupt alle Vereine ohne Ausnahme, die friedlich gesinnt, dann ganz besonders die Pastoren und Vorsteher aller Kirchengemeinden sollten unverzüglich Appelle an die Kongressdelegation nach Washington senden.

Die Namen und Adressen der Bundes-Senatoren und Kongressleute von Nebraska in Washington sind wie folgt:

- Hon. G. M. Hitchcock, U. S. Senator from Nebraska, Washington, D. C.
Hon. Geo. W. Norris, U. S. Senator from Nebraska, Washington, D. C.
Kongressleute:
Hon. Frank Reavis, Congressman from Nebraska, Washington, D. C.
Hon. C. D. Lobeck, Congressman from Nebraska, Washington, D. C.
Hon. Dan. B. Stephens, Congressman from Nebraska, Washington, D. C.
Hon. Chas. H. Sloan, Congressman from Nebraska, Washington, D. C.
Hon. Alston C. Schallenberg, Congressman from Nebraska, Washington, D. C.
Hon. Moses F. Kinaid, Congressman from Nebraska, Washington, D. C.
Die Presse anderer Staaten ist gebeten, die Bürgerpflicht ihres Staates anzufordern, in gleicher Weise vorzugehen.
Pal. J. Peter.

Da die Omaha Tribune viele Leser in Iowa und Missouri hat, gibt sie auch die Namen der Senatoren und Kongressleute dieser Staaten an, um die dortigen Bürger zu veranlassen, von ihrem Appellrecht Gebrauch zu machen.

Die Namen und Adressen der Senatoren und Abgeordneten von Missouri sind:

- Senatoren:
Hon. William Joel Stone, U. S. Senator from Missouri, Washington, D. C.
James A. Keck, U. S. Senator from Missouri, Washington, D. C.
Kongressleute:
Hon. James Eighman Lloyd, Congressman from Missouri, Washington, D. C.
Hon. William Waller Ruder,

Vorlage für Privattelegramm. Privatbürger können diese kleineren Vorlagen für ihre telegraphischen Appelle benützen. Any action on the part of our government provoking war would be a crime against the laws of God and humanity. Consider twice the awful calamity of this world war. Let's continue to enjoy peace. Why awaken the baser instincts in the hearts of a people, whose sentiments of a higher civilization rests, by joining the world war? Think of the thousands of sacrifices to be made over arbitrarily international law, before you vote for war.

Kriegsstärke der Armee 1,000,000! Senat erhöht Friedensstärke auf 250,000, und Reserve auf 800,000 Mann.

Washington, 19. April. — Der Senat vollendete gestern Abend nach längerer Sitzung die Debatte über die Armeevorlage und nahm diese schließlich in einer Abstimmung an, welche von der von Hause angenommenen in wichtigen Dingen gänzlich abwich. Es wurde beschlossen, die Friedensstärke des stehenden Heeres auf 250,000 Mann festzusetzen, während die Hausvorlage nur 140,000 Mann vorsieht. Senator Reed wollte die Friedensstärke nur auf 200,000 Mann angeheft haben, aber Senator Williams wies darauf hin, daß das Land von Mexiko und vom Osten mit Krieg bedroht sei, worauf der erste Antrag mit 43 gegen 37 Stimmen durchging. Ferner wurde die Bildung einer freiwilligen Armee von 261,000 Mann beschlossen, welche unverzüglich nach Washington zu senden. Der Kongress wird die Sache heute noch nicht entscheiden, deshalb denke man nicht, es sei zu spät, wenn diese Zeitung in die Hände der Leser außerhalb Omahas gelangt. Vor den nächsten 48 Stunden ist auf keinen Fall eine Entscheidung zu erwarten, und da hat noch jeder Bürger im Umkreise von Hunderten von Meilen von Omaha Gelegenheit, sich in Washington Gehör zu verschaffen. Natürlich je eher, desto besser.

Vorlage für Appell an Kongressleute!

Wir bringen hiermit Vorlagen telegraphischer Appelle an die Bundes-Senatoren und Kongressleute und bitten die Bürger, Zweigvereine des Staatsverbandes, Pastoren und Vorsteher der Kirchengemeinden, diese unverzüglich nach Washington zu senden. Der Kongress wird die Sache heute noch nicht entscheiden, deshalb denke man nicht, es sei zu spät, wenn diese Zeitung in die Hände der Leser außerhalb Omahas gelangt. Vor den nächsten 48 Stunden ist auf keinen Fall eine Entscheidung zu erwarten, und da hat noch jeder Bürger im Umkreise von Hunderten von Meilen von Omaha Gelegenheit, sich in Washington Gehör zu verschaffen. Natürlich je eher, desto besser.

Die Bürger von Omaha versammelten sich gestern Abend gleich nach Eintreffen der Alarmdrühte und sandten folgende Depesche an den Präsidenten Wilson, alle Nebraskaer Senatoren und Kongressleute, sowie Vorsteher Stone von Answärtigen Komitee, und Hausführer Keith. Dieses lange Telegramm können Vereine und Kirchengemeinden benützen. Neither honor nor vital interests of our country having been attacked and no act having been committed by any belligerent willfully inflicting any wrong upon us, a declaration of war or any action by our government provoking war, would be a crime against the laws of God and humanity. If international laws, admittedly subject to different interpretations are assumed to have been violated, our sense of justice demands that due consideration be given to the assurance by belligerents of their friendly feeling toward this country. In fact none of the injuries to our people can be ascribed to intentional acts against American interests, but are plainly incidental to the death struggle between the warring nations, controlled by passion and fear. Those in power should meditate long and solemnly before assuming the awful responsibility of engulfing this country in a dreadful calamity and awakening the baser instincts in the hearts of our people where the sentiments of peace and humanity have found such favored soil.

Von der Ostfront. London, 19. April. — In dem Abschnitt des Westfront-Krieges, Nordrupland, sind heftige Artilleriekämpfe im Gange. Petrograder Nachrichten zufolge wurden die feindlichen Angriffe in Galizien abgewiesen. Weiterbericht. Für Omaha und Umgebung: Unbeständig und kühl heute Abend. Donnerstag schön. Für Nebraska: Unbeständig und kühl heute Abend. Regen im nördlichen Teil. Donnerstag schön und wärmer im westlichen Teil. Für Iowa: Regen heute nachmittags und Abend. Kühl im westlichen Teil. Donnerstag teilweise bewölkt und kühl im südwestlichen Teil.